

| avenir | suisse |

Der strapazierte Mittelstand

*Zwischen Ambition, Anspruch
und Ernüchterung*

*Patrik Schellenbauer und Daniel Müller-Jentsch
Mit Beiträgen von Monika Bütler, Sandro Favre, Reto Föllmi,
Dieter Freiburghaus, Sarah Fuchs, Corinna Heye, Harold James,
Christian Marti und Josef Zweimüller*

Zusammenfassung

Patrik Schellenbauer (* 1963)

Dr. oec. publ., ist seit 2009 Projektleiter und Kadermitglied bei Avenir Suisse und betreut schwergewichtig die Themen Bildung, Arbeits- und Wohnungsmarkt. Er studierte Volkswirtschaftslehre an der Universität Zürich und ist Lehrbeauftragter der ETH Zürich für Immobilien- und Stadtökonomie. Nach mehreren Jahren als wissenschaftlicher Assistent und Oberassistent wechselte er 1998 zur ZKB, wo er von 2004 bis 2009 den Bereich Immobilienrisiken leitete.

Daniel Müller-Jentsch (* 1969)

Dr., studierte Volkswirtschaftslehre an der London School of Economics und an der Yale University (USA). Nach einem Einsatz bei der Europäischen Kommission arbeitete er sieben Jahre als Ökonom bei der Weltbank in Brüssel, bevor er 2007 als Projektleiter zu Avenir Suisse stiess. Dort beschäftigt er sich unter anderem mit Themen der räumlichen Entwicklung, des Standortwettbewerbs und der Zuwanderung.

Zu diesem Buch

Fast überall in der Welt finden Mittelstandsdebatten statt, besonders heftig in den USA. Unzählige Buchtitel zeugen davon. In der Schweiz läuft die Diskussion gedämpfter ab, wie es der politischen Kultur dieses Landes zum Glück noch immer entspricht. Haben die leiseren Töne aber auch mit der objektiven Situation des Schweizer Mittelstands zu tun? Ist die Schweiz auch diesbezüglich ein Sonderfall? Dieser Frage geht das vorliegende Buch nach, und es kommt – kaum überraschend – zu einem differenzierten Schluss.

Einerseits: Ohne Übertreibung könnte man die Schweiz als die «Mittelstandsnation» schlechthin bezeichnen. Sie definiert sich mehr aus dem Durchschnitt heraus als von den Rändern her. Sie versteht den Mittelstand, fast etwas mythisch überhöht, als eine tragende Säule, deren wirtschaftliche Kraft und Robustheit auch politisch stabilisierend wirkt. Und vor allem: Die Schweiz hat es bisher wie kaum ein zweites Land geschafft, ihren hohen Wohlstand breit zu verteilen und damit sehr integrierend zu wirken, und zwar schon bevor der Staat umverteilend eingreift. Dementsprechend geht es dem Schweizer Mittelstand gut – sogar sehr gut, wie die gängigen Lohnstatistiken und die Daten zu den Haushaltsbudgets zeigen. Nicht nur ging es ihm materiell noch nie besser als im Herbst 2012, sondern es geht ihm auch – was angesichts des insgesamt hohen Wohlstands der Schweiz logisch erscheint – besser als der Mittelschicht in den meisten anderen Ländern, nicht zuletzt den Nachbarländern.

Andererseits: Diese objektive Situation kontrastiert auffallend mit der Stimmung in der Mitte der Gesellschaft. In weiten Teilen des Mittelstands ist eine starke Unzufriedenheit und Verunsicherung spürbar. Sie reicht von Klagen ob ständig mehr Belastungen über Abstiegsängste bis hin zur Empörung über das Verhalten der «oberen Zehntausend». Viele Angehörige des Mittelstands haben das Gefühl, dass ihre Arbeit, ihre Anstren-

gung und auch ihr Konsumverzicht nicht mehr richtig belohnt würden. Und dieses Gefühl ist keineswegs bloss Einbildung, es beruht ebenfalls auf Fakten. In den letzten 20 Jahren haben nicht nur die Einkommen der obersten Schicht stärker zugenommen als jene der Mittelschicht, sondern auch jene der Unterschicht. Der Mittelstand ist also relativ zu den Rändern der Gesellschaft zurückgefallen. Und schlimmer noch: Der Staat pflügt den Mittelstand um. Dieser wird durch staatliche Umverteilungspolitik mit Steuern, einkommensabhängigen Tarifen, Subventionen und Verbilligungen an den unteren Rand der mittleren Einkommen gedrückt. Mit anderen Worten ist es vor allem der obere Mittelstand, der sich durch das Wirken der staatlichen Umverteilungsmaschinerie um die Früchte seiner Arbeit betrogen sieht. Netto ginge es ihm nämlich praktisch gleich gut oder kaum schlechter, wenn er weniger arbeiten und darum weniger verdienen würde, weil dann sein verfügbares Einkommen vom Staat deutlich weniger geschmälert würde.

Darin steckt nicht nur ein Verstoß gegen das Prinzip der Leistungsgerechtigkeit und ein gewaltiges Anreizproblem. Das Zusammenpressen der Einkommen am unteren Rand der Mittelschicht verbaut dem Mittelstand zunehmend die Aufstiegsperspektive, jenes Versprechen, dass man es dank Leistung und Glück einkommensmässig in die obersten Gefilde schaffen könne – und sollte man es nicht selbst schaffen, so zumindest die Kinder. Die durchaus realistische Aufstiegsaspiration war im letzten Jahrhundert nicht nur ein zentraler Wohlstandsmotor, sondern auch ein Element der politischen Stabilität und Kohäsion. Deshalb sollte man sich von der im internationalen ebenso wie im historischen Vergleich komfortablen Lage des Schweizer Mittelstands nicht blenden lassen. Er steht sehr wohl unter Druck und wird «strapaziert» – mit entsprechend negativen wirtschaftlichen wie gesellschaftlichen Konsequenzen.

Mein Dank gilt meinen beiden Kollegen Patrik Schellenbauer und Daniel Müller-Jentsch sowie Simon Hurst von Avenir Suisse, er gilt den externen Autorinnen und Autoren, und er gilt einmal mehr der Programmkommission unter der Leitung von Marius Brühlhart. Sie ist diesmal nicht nur ihrer Kernaufgabe nachgekommen, die methodische Qualität der

Arbeit zu sichern, sondern sie hat sich in Gestalt der Beiträge der Kommissionsmitglieder Harold James und Reto Föllmi auch ganz unmittelbar in die Arbeit eingebracht. Es ist zu hoffen, dass das vorliegende Buch mit seiner Mischung aus Fakten, Analysen und Betrachtungen das Verständnis des Schweizer Mittelstands und seiner heutigen Lage verbessert und damit zur Versachlichung einer oft emotional geführten Debatte beiträgt. Aus diesem Verständnis der Bedingungen, Entwicklungen und Hintergründe des Mittelstands heraus wird deutlich, dass es so etwas wie eine Mittelstandspolitik nicht braucht, so populär Bestrebungen in diese Richtung sein mögen. Eine gute Bildungspolitik ist die beste Mittelstandspolitik. Da sich Investitionen in Bildung auch für jeden Einzelnen lohnen (Bildungsrendite), bedeutet gute Bildungspolitik nicht etwa das Ausschütten des staatlichen Füllhorns, sondern im Gegenteil eine stärkere Benutzerfinanzierung der Bildungsinstitutionen, damit sich diese in Richtung Nachfragegerechtigkeit, Effizienz und Innovation bewegen. Neben der Verbesserung der Bildungspolitik müssen ferner Behinderungen und Benachteiligungen des oberen Mittelstands abgebaut sowie auf Feinsteuern in der Einkommens- und Vermögenspolitik verzichtet werden. Der Mittelstand ist tatsächlich eine ausserordentliche gesellschaftliche und wirtschaftliche Kraft. Diese Kraft dient dem Gemeinwesen am meisten, wenn sie sich möglichst unbehindert entfalten kann.

Gerhard Schwarz

Direktor Avenir Suisse

Zusammenfassung des Buchs «Der strapazierte Mittelstand» von
Patrik Schellenbauer und Daniel Müller-Jentsch

Verlag © 2012 Avenir Suisse und Verlag Neue Zürcher Zeitung, Zürich

ISBN: 978-3-03823-807-2

Herausgeber Avenir Suisse, www.avenir-suisse.ch

Autoren Patrik Schellenbauer und Daniel Müller-Jentsch, Avenir Suisse

Mit Beiträgen von Monika Bütler, Sandro Favre, Reto Föllmi, Dieter Freiburghaus,
Sarah Fuchs, Corinna Heye, Harold James, Christian Marti, Josef Zweimüller

Layout Jörg Naumann, Avenir Suisse

© 2012 Avenir Suisse

Dieses Werk ist urheberrechtlich geschützt. Die dadurch begründeten Rechte, insbesondere die der Übersetzung, des Nachdrucks, des Vortrags, der Entnahme von Abbildungen und Tabellen, der Funksendung, der Mikroverfilmung oder der Vervielfältigung auf anderen Wegen und der Speicherung in Datenverarbeitungsanlagen, bleiben – auch bei nur auszugsweiser Verwertung – vorbehalten. Da Avenir Suisse an der Verbreitung der hier präsentierten Ideen interessiert ist, ist die Verwertung der Erkenntnisse, Daten und Grafiken dieses Werkes durch Dritte hingegen ausdrücklich erwünscht, sofern die Quelle exakt und gut sichtbar angegeben wird und die gesetzlichen Urheberrechtsbestimmungen eingehalten werden. Zuwiderhandlungen unterliegen den Strafbestimmungen des Urheberrechts.

Inhalt

01_ Einleitung	_8
02_ Im internationalen Vergleich steht der Schweizer Mittelstand sehr gut da	_10
03_ Das Unbehagen der westlichen Mittelschichten und seine Ursachen	_13
04_ In der Schweiz wachsen der Mittelstand und der Wohlstand	_17
05_ Der Schweizer Mittelstand fällt im Lohngefüge zurück	_20
06_ Die Bildungsprämie der Tertiärabschlüsse setzt sich ab	_22
07_ Die Mittelstandsdebatte ist keine Luxusdiskussion	_24
08_ Der Staat pflügt die Primärverteilung um	_25
09_ Erhöhte Ungleichheit als Folge von Alterung und Individualisierung	_29
10_ Zurückhaltung des Staates ist die beste Mittelstandspolitik Kurz und bündig	_31. _37

Einleitung

Fast überall in der westlichen Welt finden Mittelstandsdebatten statt, besonders virulent in den USA, aber auch in Deutschland, Frankreich und Italien wird über die Erosion der Mittelschicht gestritten. In der Schweiz läuft die Diskussion ruhiger ab. Haben die leiseren Töne aber mit der besseren Lage des Schweizer Mittelstands zu tun? Wie ist die Kluft zwischen der wirtschaftlichen Situation, der medialen Beschreibung und der Gefühlslage des Schweizer Mittelstandes zu verstehen? Diesen Fragen geht das vorliegende Buch nach.

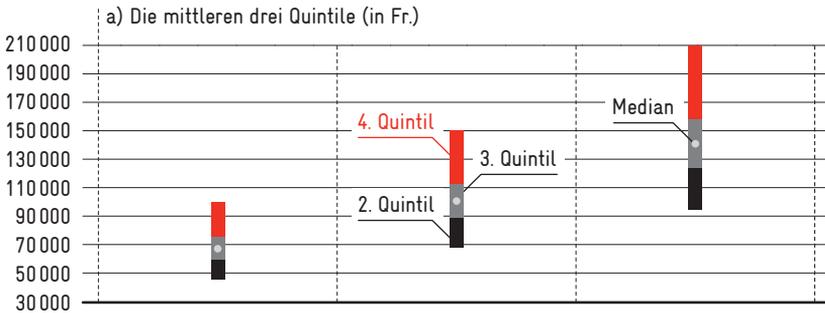
Es versucht, die unterschiedlichen Facetten dieser Debatte auszuleuchten. Die Themen reichen von globalen Entwicklungen und deren Auswirkungen auf die westlichen Mittelschichten über die Position der Schweiz im internationalen Vergleich und die Folgen staatlicher Umverteilung bis hin zu Veränderungen in Gesellschaftsstruktur und Wertvorstellungen. In zwei Essays wird die historische Entwicklung des Mittelstands unter die Lupe genommen. Ein Roundtable-Gespräch mit Experten zur Lage des Schweizer Mittelstands rundet die Analyse des Buches ab.

Eine Analyse der gesellschaftlichen Mitte wirft methodische Schwierigkeiten auf, auch weil der Begriff «Mittelstand» höchst unscharf ist. Das ergibt sich allein schon daraus, dass er mehr als die Hälfte der Bevölkerung umfasst und sich die grosse Mehrheit selbst zum Mittelstand zählt. Zudem hat der Mittelstand verschiedene soziale, politische und ökonomische Eigenschaften – und somit Dimensionen, entlang derer er analysiert werden kann. Aufgrund seiner Grösse ist der Mittelstand ausgesprochen heterogen und unterteilt sich in unterschiedlichste Segmente und soziale Milieus, die sich in den letzten Jahren noch weiter ausdifferenziert haben.

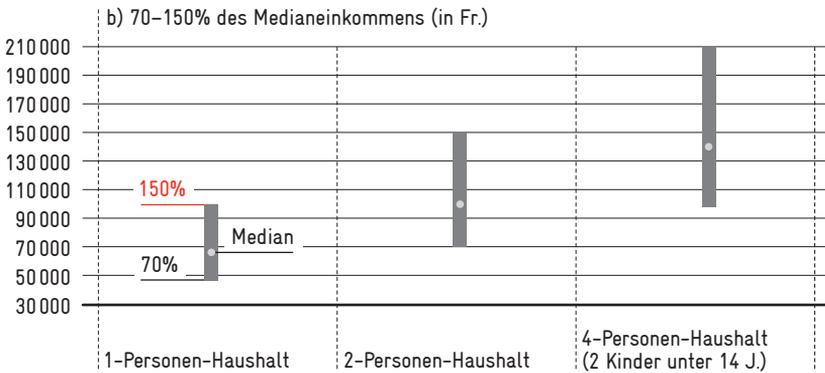
Abbildung 1

Grenzen des Schweizer Mittelstands gemäss zwei unterschiedlichen Definitionen¹⁾

a) Ein Schweizer 2-Personen-Haushalt zählt zu den mittleren drei Quintilen, wenn er über ein jährliches Bruttoeinkommen zwischen 67 300 und 149 100 Fr. verfügt.



b) Bei der Mittelstandsdefinition gemäss 70–150% des Medians ist das Einkommensspektrum für einen 2-Personen-Haushalt fast identisch, nämlich zwischen 69 500 und 148 900 Fr. pro Jahr.



Quelle: BFS 2010, eigene Berechnungen

¹⁾ Die Daten von 2010 wurden mit der durchschnittlichen Nominallohnentwicklung gemäss dem Schweizerischen Lohnindex (SLI) für 2012 hochgerechnet. Die verwendete Äquivalenzskala entspricht der Definition der OECD.

Die wichtigste Bezugsgrösse bei der Analyse des Mittelstands bleibt das Einkommen, wobei es zwei gängige Definitionen gibt: Zum Mittelstand zählen alle Haushalte, (1) die sich in den mittleren 60% der Einkommensverteilung finden bzw. (2) deren Einkommen zwischen 70-150 % des Medianeinkommens (d. h. der Mitte der Verteilung) liegt. Wie Abb. 1 zeigt, sind die Einkommensgrenzen des Mittelstands in der Schweiz in beiden Definitionen fast identisch. Gemäss der ersten Definition sind Einpersonenhaushalte mit einem jährlichen Bruttoeinkommen zwischen 45 000 und 100 000 Franken dem Mittelstand zuzurechnen. Für einen Paarhaushalt ohne Kinder verschieben sich diese Grenzen auf 67 000 bis 150 000 Franken. Ein Paarhaushalt mit 2 Kindern unter 14 Jahren gehört zum Mittelstand, wenn sein Bruttoeinkommen zwischen 94 000 und 209 000 Franken liegt.

02

Im internationalen Vergleich steht der Schweizer Mittelstand sehr gut da

Der Schweiz geht es wirtschaftlich deutlich besser als den meisten anderen westlichen Industrieländern und das gleiche gilt für ihren Mittelstand. So sind die Schweizer in allen Gruppen der Einkommensverteilung wohlhabender als die Vergleichsgruppen im OECD-Durchschnitt, aber in der Mitte der Verteilungskurve ist der Einkommensvorsprung besonders gross: Die Schweiz weist im untersten Dezil (der Unterschicht) das achthöchste und beim obersten Dezil (der Oberschicht) das siebthöchste Einkommen von 30 analysierten OECD-Ländern auf. Beim Medianeinkommen liegt die Schweiz dagegen auf dem drittbesten Platz. Der Schweizer Mittelstand hat also gegenüber den Mittelschichten anderer OECD-Länder einen grösseren Einkommensvorsprung, als die Schweizer Ober- und Unterschicht zu ihren Vergleichsgruppen.

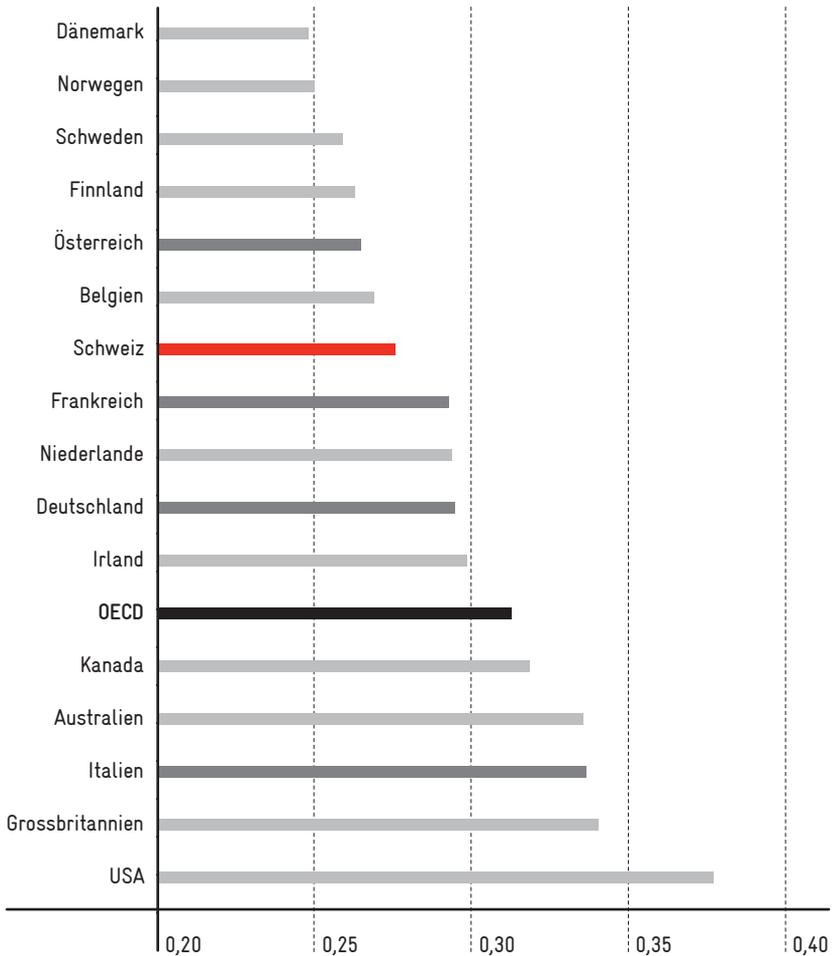
Hinzu kommt, dass die Einkommensspreizung in der Schweiz relativ gering ist und seit Mitte der 1990er-Jahre weniger stark zugenommen hat als in anderen Ländern. Dies zeigt ein OECD-Vergleich der Gini-Koeffizienten (je geringer der Gini, desto höher die Einkommensgleichheit): Die Einkommensverteilung in der Schweiz ist gleicher als im OECD-Durchschnitt und gleicher als in den grossen Nachbarländern Deutschland, Frankreich und Italien. Im Gegensatz zu den nordischen oder den Benelux- Staaten wird ein hohes Mass an Gleichheit jedoch mit weniger staatlicher Umverteilung erreicht. Dies verdankt sie nicht zuletzt der traditionell niedrigen Arbeitslosigkeit und einer Erwerbsquote, die zu den höchsten in der gesamten OECD zählt (Abbildung 2).

Positiv auf die Lage des Mittelstands wirken sich auch andere Schweizer Besonderheiten aus. Dazu zählen die grossen Privatvermögen, das gut entwickelte System der kapitalgedeckten Altersvorsorge (2./3. Säule) und die erstaunliche Resistenz der Schweiz gegenüber der Wirtschaftskrise. Neben dem vielen Licht gibt es jedoch auch ein wenig Schatten, wie eine im internationalen Vergleich geringe Eigenheimquote oder stetig steigende Gesundheitskosten, die den mittleren und oberen Mittelstand über Gebühr belasten. Die Auswirkungen steigender Miet- und Immobilienpreise jedoch scheinen bei genauerem Hinsehen weniger dramatisch als es die öffentliche Debatte vermuten lässt. Zwischen 2000-2010 wuchsen die Reallöhne stärker als die Bestandsmieten und selbst die Neumieten waren 2010 inflationsbereinigt gleich teuer wie 1994. Trotzdem stellen die hohen Miet- und Immobilienpreise in den grossen Städten (z. B. Zürich, Genf) und einigen anderen Immobilien-Hotspots (z. B. Zug) für Teile des dortigen Mittelstands ein Problem dar.

Abbildung 2

Gini-Koeffizienten im OECD-Vergleich (Mitte der 2000er-Jahre)

Die Gleichheit der Einkommensverteilung – markiert durch einen niedrigen Gini-Koeffizienten – ist in der Schweiz höher als in den meisten westlichen Industrieländern. Deutlich gleicher sind nur Dänemark und Norwegen.



Quelle: OECD 2011

Das Unbehagen der westlichen Mittelschichten und seine Ursachen

Mehrere globale Trends haben den Mittelschichten in den westlichen Industrieländern seit den späten 1980er-Jahren teilweise arg zugesetzt. Erstens hat der kompetenzbasierte technologische Fortschritt zu einer Polarisierung der Arbeitsmärkte geführt: Während die Nachfrage nach hohen und teilweise auch tiefen Qualifikationen zunahm, reduzierte sich die Nachfrage nach mittleren Qualifikationen. Dies hat die ökonomische Basis des Mittelstands ausgedünnt (Abbildung 3).

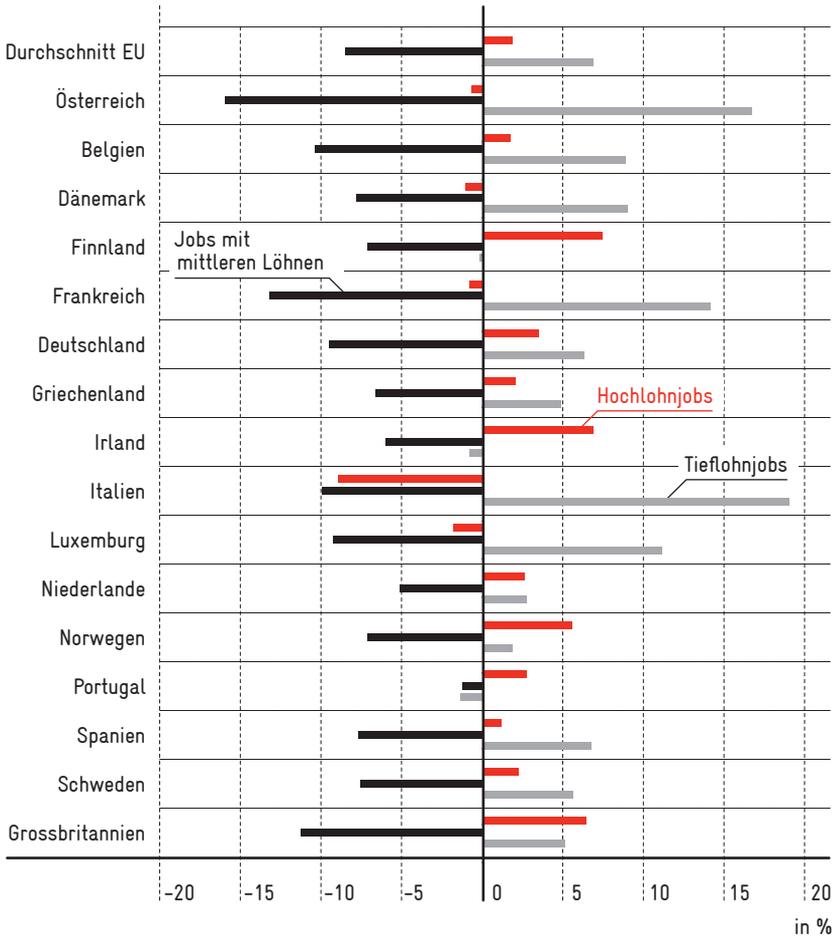
Zweitens hat der Eintritt Chinas, Indiens und der Ostblockstaaten in den Weltmarkt zu einer Verdopplung des globalen Arbeitskräftereservoirs von 1,5 auf 3 Milliarden Personen geführt («the great doubling»). Lohn- und Druck und eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen waren vielfach die Folge. Da die Schwellenländer zudem mit geringem Kapitalstock in den Weltmarkt eintraten, verschlechterte sich aus Sicht der Arbeitnehmer das Verhältnis zwischen Arbeit und Kapital um ca. 60%, wodurch die Entlohnung des knapperen Kapitals zu- und jene der Arbeit abnahm (Abbildung 4).

Ein dritter Trend der letzten 20-30 Jahre war der starke Anstieg der Spitzeneinkommen durch «The winner takes it all»-Dynamiken, deren Bedeutung auch durch die starke Expansion der Finanzmärkte zunahm. Die Diskrepanz zwischen langsam steigendem Median und stark steigenden Spitzenlöhnen frustriert viele Vertreter der Mittelschicht und gibt ihnen das Gefühl, (relativ) zurückzufallen. Viertens entstand in einigen europäischen Ländern eine neue Unterschicht – als Folge von Massenarbeitslosigkeit, Defiziten des Bildungssystems und einer unterschichtenden Zuwanderung. Auch dies sorgt für Irritationen in der Mitte der Gesellschaft. Zuletzt hat die Finanz- und Wirtschaftskrise nach 2007 in der Mittelschicht vieler Länder Europas, aber auch in den USA tiefe Spuren hinterlassen.

Abbildung 3

Rückgang der relativen Nachfrage nach mittleren Qualifikationen in Europa (1993–2006)

Der Anteil der geleisteten Stunden in Jobs mit mittleren Qualifikationsanforderungen war 1993–2006 in allen europäischen Ländern rückläufig, derjenige in Tieflohnjobs und in den meisten Ländern auch in Hochlohnjobs stieg hingegen.

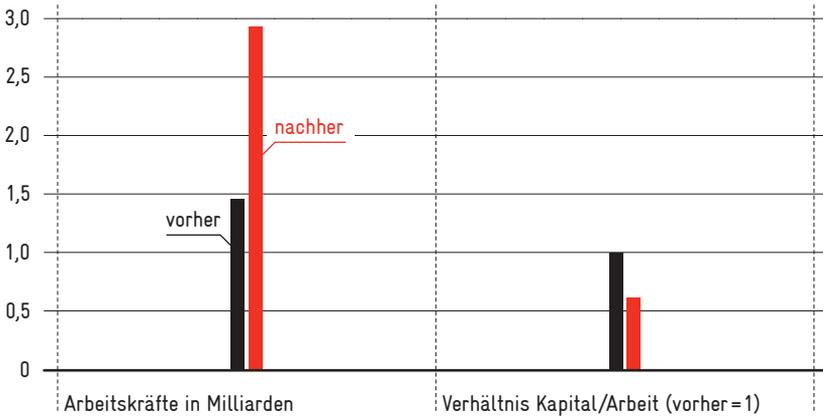


Quelle: Goos, Manning und Salomons 2009

Abbildung 4

Die Verdopplung der Arbeitskräfte führt zur Verschiebung des globalen Kapital/Arbeits-Verhältnisses

Mit dem Eintritt Chinas, Indiens und der Länder des früheren Ostblocks in die Weltwirtschaft hat sich die Anzahl Arbeitskräfte verdoppelt (links) und das Verhältnis von Kapital zu Arbeit massiv verschoben (rechts).



Quelle: Freeman 2006

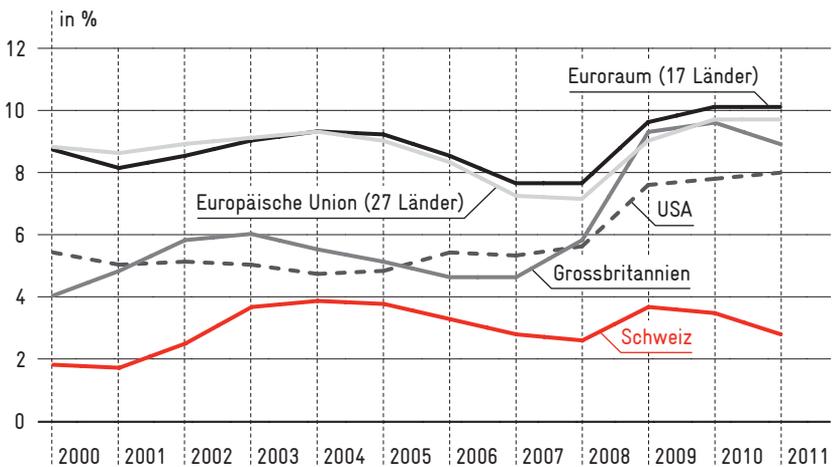
Einige der Sorgen der westlichen Mittelschichten scheinen jedoch auch überzogen. So gibt es in klassischen Mittelschichtsmilieus eine starke Statussensibilität mit einem Dispositiv zu Abstiegsängsten. Viele Angehörige der Mittelschicht haben das Gefühl, zurückzufallen, obwohl sich ihre Position absolut gesehen gar nicht verschlechtert hat. Das gegenüber den Nachkriegsjahrzehnten verlangsamte Wachstumstempo frustriert die Aufstiegsambitionen vieler Mittelschichtsvertreter, für deren Eltern der Aufstieg noch eine Selbstverständlichkeit war. Auch die Boulevardisierung der Medien trägt dazu bei – durch einen verbreiteten Celebrity-Kult, Milliardärssrankings und ständige Berichte über die Extravaganzen der Superreichen verschieben sich auch die Maßstäbe, an denen der Mittelstand sich selber misst.

Da sich viele der hier beschriebenen Trends in den letzten 20-30 Jahren überlagert haben, verdichteten sie sich zu einer allgemeinen Gefühlslage in den westlichen Mittelschichten. Man sieht sich unter Druck. Interessanterweise konnte sich aber gerade der Schweizer Mittelstand vielen der beschriebenen Erosionstendenzen weitgehend entziehen. Ein flexibler Arbeitsmarkt mit Vollbeschäftigung, steigende Reallöhne, wachsendes Privatvermögen auch dank hoher Sparquote, eine nur moderat zunehmende Einkommensspreizung, solide Staatsfinanzen, die Abwesenheit von Sparprogrammen und des damit einhergehenden Sozialabbaus während der Krise sowie die kapitalgedeckten Elemente des Rentensystems verhinderten die Ausdünnung des Schweizer Mittelstands. Und ein letzter Punkt sei zu den globalen Trends noch gesagt: Die bislang letzte Phase der Globalisierung mit dem Aufstieg der Schwellenländer war für die dortigen Mittelschichten eine goldene Ära. Noch nie war der Anteil der

Abbildung 5

Entwicklung der Arbeitslosenquote (2000–2011)

Die Arbeitslosenquote in der Schweiz ist schon seit Jahrzehnten geringer als in den meisten OECD-Ländern und verharrte sogar während der Krise auf niedrigem Niveau.



Quelle: Eurostat 2012

Mittelschicht an der Weltbevölkerung so gross wie heute. Die Stagnation der westlichen Mittelschichten war gewissermassen der Preis, der für den Aufstieg der Mittelschichten in den Schwellenländern gezahlt wurde. Nachdem ein erheblicher Teil des neuen Arbeitskräftereservoirs über die letzten 20 Jahre in die globale Wirtschaft integriert worden ist und sich das Lohngefälle zwischen Industrie- und Schwellenländern zu schliessen beginnt, dürften auch für die westlichen Mittelschichten wieder bessere Zeiten anbrechen (Abbildung 5).

04

In der Schweiz wachsen der Mittelstand und der Wohlstand

Der Schweizer Mittelstand ist tatsächlich ein Sonderfall. Was in so vielen westlichen Ländern diagnostiziert und angeprangert wird, nämlich die Ausdünnung oder gar der Niedergang der Mittelschichten, ist in der Schweiz statistisch nicht auszumachen. Beispielfhaft ist das an der Entwicklung des Arbeitsmarktes abzulesen. In *Abbildung 6* sind der Anteil und die Zahl der Erwerbstätigen ersichtlich, deren Lohn in den Jahren 1994–2010 jeweils nicht weniger als 70% und nicht mehr als 150% des mittleren Gehalts (Medianlohn) betrug. Der Anteil aller mittelständischen Einkommensbezüger am Total der Erwerbstätigen war zwar leicht rückläufig, er fiel von 65% im Jahr 1994 auf 62,5% im Jahr 2010. Darin spiegelt sich die etwas höhere Ungleichheit der Löhne, aber vor allem auch der Aufstieg vieler Erwerbstätiger aus dem Mittelstand in die Oberschicht. Diese Verschiebungen als eigentliche Erosion des Schweizer Mittelstandes auszulegen, wäre aber eine unzulässige Übertreibung. Zudem wird das zu erwartende tiefere Wachstum der nächsten Jahre die Lohnmasse wahrscheinlich wieder mehr zur Mitte hin verschieben. Und: Absolut betrachtet ist der Schweizer Mittelstand gewachsen. 1994 waren rund 2,6

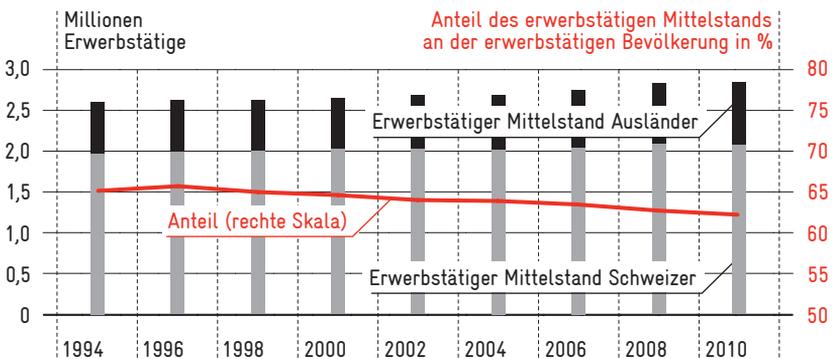
Millionen erwerbstätige Personen dem Mittelstand zuzurechnen, 2010 waren es 2,8 Millionen.

Dieser Zuwachs ging allerdings zum grossen Teil auf das Konto von Erwerbstätigen mit ausländischem Pass. Dies relativiert die Vorstellung, die «Neue Zuwanderung» bringe primär eine neue Oberschicht von «Expatriates» ins Land. Wie die Zahlen zeigen, gehört die Mehrheit der qualifizierten Einwanderer ebenfalls zum Mittelstand. Diejenigen, die dauerhaft in der Schweiz bleiben und sich integrieren, stärken damit den Mittelbau der Gesellschaft. Immerhin blieb auch der eingessene Mittelstand in absoluten Zahlen stabil (Abbildung 6).

Neben harten Fakten gibt es viele weitere Indizien, die darauf hinweisen, dass der Schweizer Mittelstand nicht darbt. So spielte der Konsum – neben den Exporten – die Rolle als wichtigste Konjunkturstütze der

Abbildung 6
Anteil und Anzahl der Erwerbstätigen mit Löhnen zwischen 70 und 150% des Medians nach Schweizern und Ausländern (1994–2010)

Die Anzahl der Schweizer Erwerbstätigen mit mittleren Löhnen hat seit 1994 nur leicht zugenommen. Die Mitte wurde aber durch den Zuzug von Ausländern gestärkt. Der Anteil der mittleren Löhne am Total der Erwerbstätigkeit war leicht rückläufig.



Quelle: BFS 2011, Universität St. Gallen, eigene Berechnungen

letzten 10 Jahre. Da die Bezüger hoher Einkommen eine tiefere Konsumneigung aufweisen und die Kleinverdiener nicht ins Gewicht fallen, ist ein starker gesamtwirtschaftlicher Konsum nicht mit einem schlechenden Niedergang des Mittelstands vereinbar. Noch klarer lässt sich dieses Argument an den Investitionen in dauerhafte Konsumgüter festmachen, denn diese sind ein verlässlicher Gradmesser für die finanzielle Lage und – mehr noch – für die Zukunftserwartungen der Käufer. Wer heute auf der Autobahn von Zürich nach Genf fährt, dem fällt neben dem dichten Verkehr vor allem eines auf: Das typische Automobil, das heute die Strassen befährt, wäre noch vor 20 Jahren einer exklusiven Schicht vorbehalten gewesen. Nicht von ungefähr erfreut sich auf dem Schweizer Automarkt – im Branchenjargon gesprochen – die «obere Mittelklasse» zunehmender Beliebtheit.

Auch die Vorgänge auf dem Immobilien- und Wohnungsmarkt sprechen eine klare Sprache. Die massive Ausdehnung des Wohneigentümergehalts um einen Siebtel – von 35% im Jahr 2000 auf gut 40% im Jahr 2010 – innerhalb eines einzigen Jahrzehnts ging ebenfalls vom Mittelstand aus. Zwar wurde diese Entwicklung auch von den tiefen Zinsen begünstigt, eine tief verunsicherte Mitte würde den Schritt ins Eigentum in diesem Ausmass aber kaum wagen. Untersuchungen zur Tragbarkeit zeigen, dass Wohneigentum noch für weit breitere Schichten erschwinglich wäre. Diejenigen, die trotzdem Mieter blieben, stellen laufend höhere Ansprüche an die Grösse und den Komfort der Wohnung.

Im Sinne einer Provokation könnte man den Spiess also durchaus umdrehen: Der Mittelstand leidet nicht unter den hohen Wohnkosten, vielmehr verursacht er sie durch seine wachsenden Ansprüche massgeblich selbst. An dieser Stelle könnte die Geschichte bereits mit der Feststellung enden: Cum grano salis ging es dem Schweizer Mittelstand nie besser als im Herbst 2012! Suchen wir also nach dem sprichwörtlichen Haar in der Suppe? Selbstverständlich ist dieses Fazit zu plakativ und undifferenziert; gerade in den Grossstädten werden die Wohnkosten für den unteren Teil des Mittelstands zunehmend zur Belastung. Es zeigt aber, wie schwierig allgemeine Aussagen zum Mittelstand sind.

Der Schweizer Mittelstand fällt im Lohngefüge zurück

Die Schweiz als kleine und sehr offene Volkswirtschaft ist von den weltwirtschaftlichen Entwicklungen besonders betroffen. Umso erstaunlicher ist die Tatsache, dass die problematischen Folgen hierzulande nur in abgeschwächter Form auftreten. Dass der Schweizer Mittelstand im internationalen Vergleich hervorragend dasteht, mag aber vielen nur ein schwacher Trost sein.

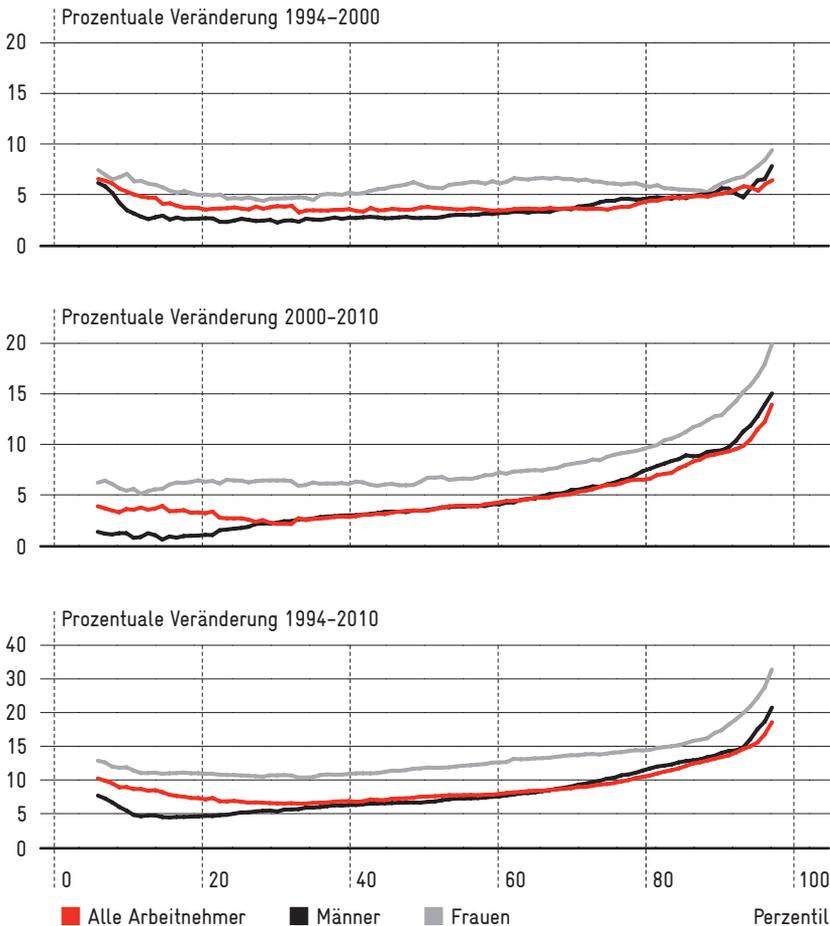
Tatsache ist, dass die mittleren Löhne in den letzten 20 Jahren auch in der Schweiz deutlich weniger gestiegen sind als die hohen Gehälter. Das gleiche gilt – wenn auch weniger ausgeprägt – im Vergleich zu den tiefen Löhnen. Dies zeigt die «U-Form» der Lohnzuwächse, die für den Zeitraum 1994–2010 am klarsten ersichtlich ist (Abbildung 7). Über die ganze Periode (1994–2010) erzielte das höchste Lohn-Dezil einen realen Lohnanstieg von etwa 15%, der obere Mittelstand (60. bis 80. Perzentil) konnten um gut 10% zulegen. Die tiefsten Löhne (10. Perzentil) stiegen ebenfalls in dieser Grössenordnung und verringerten den Abstand zu den Mittelstandslöhnen. Vor allem der untere und der mittlere Mittelstand (20. bis 60. Perzentil) konnte mit realen Zuwächsen von 6 %–8% nicht Schritt halten. Obwohl also sämtliche Löhne in den letzten 2 Jahrzehnten gestiegen sind, wurde der Mittelstand – und darin vor allem der untere und mittlere Mittelstand – relativ zurückgesetzt.

Eine weitere Entwicklung verdient es, hervorgehoben zu werden: Die Frauen haben lohnmassig aufgeholt, und zwar nicht nur – wie viele glauben – ein wenig, sondern sehr deutlich. Diese Feststellung gilt für das ganze Lohnspektrum und sogar für die höchsten Einkommen. Am schnellsten vollzog sich der Vormarsch in zwei Bereichen der Lohnverteilung: bei den tiefsten Einkommen und im oberen Mittelstand. Von

Abbildung 7

Realer Lohnzuwachs nach Position in der Lohnverteilung

Die «U»-Form der Lohnzuwächse nach der Position im Lohngefüge zeigt, dass die mittleren Gehälter real am wenigsten gewachsen sind. Dass die Lohnveränderung für keine Lohngruppe negativ war, bedeutet aber auch, dass alle Löhne in der Beobachtungsperiode (1994–2010) real gestiegen sind.



Quelle: BFS 2011

1994–2010 erzielten die Frauen im oberen Mittelstand einen respektablen Reallohnzuwachs von 15%. Die Männerlöhne stiegen hingegen nur halb so stark. Das Zurückfallen der mittleren Gehälter wurde also durch das Aufholen der Frauen spürbar gemildert. Verbunden mit der erhöhten Teilnahme am Arbeitsmarkt haben sie damit ein stärkeres Abgleiten des Mittelstands verhindert. Umgekehrt bedeutet dies, dass der Mittelstand im ökonomischen Sinn weiblicher geworden ist. Er muss gewissermassen neu definiert werden. Dies steht im Einklang mit der Halbierung (und in den Städten mit dem fast völligen Verschwinden) des «Klassischen Mittelstands», also jenes Milieus, in dem das traditionelle Rollenschema (noch) gelebt wird.

06

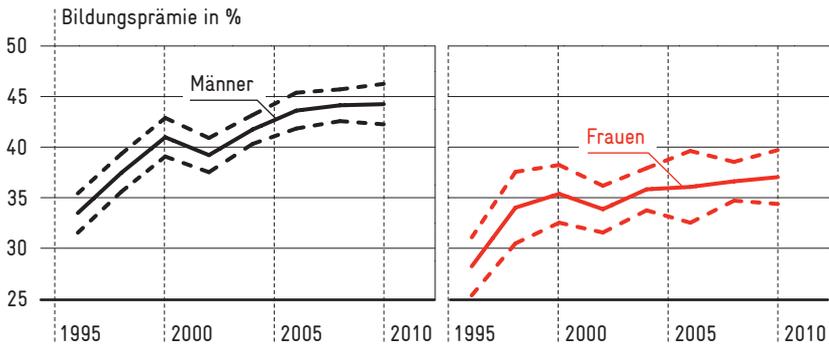
Die Bildungsprämie der Tertiärabschlüsse setzt sich ab

Löhne bilden sich in einem komplexen Zusammenspiel vieler produktivitätsbestimmender Faktoren. Hinter diesen Verschiebungen des Lohngefüges stehen aber letztendlich Veränderungen der Bildungsprämien, d. h. des zusätzlichen Lohns, der einen für die Kosten der Ausbildung entschädigt. Diese Veränderungen wiederum sind eine Folge der Polarisierung der Job-Qualifikationen: Technologischer Fortschritt und Outsourcing setzen in erster Linie Jobs mit mittlerem Anforderungsprofil (qualifizierte Routinetätigkeiten, z. B. im Rechnungswesen) unter Druck. Einfache Tätigkeiten (z. B. persönliche Dienstleistungen) oder anspruchsvolle, nicht repetitive Aufgaben (z. B. Forschung und Entwicklung) lassen sich dagegen nicht automatisieren und nur schwierig auslagern. So ist die Bildungsprämie einer tertiären Ausbildung seit 1994 (Universität, Fachhochschule oder höhere Berufsbildung) gegenüber einer Berufslehre als höchstem Bildungsabschluss deutlich gestiegen (Abbildung 8). Die Zu-

Abbildung 8

Entwicklung der Bildungsprämien der Tertiärstufe gegenüber Sekundarstufe II

Die Prämie der Tertiärbildung gegenüber Absolventen der Berufslehre ist bei den Männern stark gestiegen (rund 45%), bei den Frauen blieb sie nach einem starken Anstieg seit 2000 konstant (rund 35%). Frauen mit Tertiärbildung belegten eher Stellen, die weniger vom Lohnwachstum profitierten.



Quelle: BFS 2011

nahme beträgt rund 10 Prozentpunkte, bei den Männern stieg sie von 35% auf 45%, bei den Frauen von 27% auf 37%. Gleichzeitig aber verringerte sich die Bildungsprämie von Arbeitnehmern mit einer Berufslehre als höchstem Abschluss gegenüber unqualifizierter Arbeit leicht.

Insgesamt hat die mittlere Bildungsschicht (Sekundarstufe II, meistens Berufslehre) von ihrem Vorsprung gegenüber tieferen Bildungsniveaus (Sekundarstufe I) eingebüsst und ist im Vergleich zu höheren Bildungsschichten (Tertiärstufe) stark zurückgefallen. Relativ gesehen hat sich die Position in der Mitte also verschlechtert. Der damit verbundene Statusverlust könnte unter anderem die Unzufriedenheit im Schweizer Mittelstand miterklären.

Die Mittelstandsdebatte ist keine Luxusdiskussion

Eine ausgewogene Sicht auf die ökonomische Lage des Mittelstands muss zwei Fakten beachten: Absolut gesehen verfügt der Mittelstand heute über erheblich mehr reales Einkommen als 1990. Gleichzeitig ist er aber relativ zu den oberen und unteren Einkommen zurückgefallen. Die Schweizer Mittelstandsdebatte dreht sich vornehmlich um den zweiten Punkt. Mit Verweis auf die Situation in anderen Ländern könnte man sie als typisch schweizerische Luxusdiskussion abtun. Dies würde aber aus mehreren Gründen zu kurz greifen.

Erstens definieren sich das Selbstbild und die Staatsraison der Schweiz historisch stark aus der Mitte heraus. Mehr als in anderen Ländern gilt ein gesunder Mittelstand als Voraussetzung für das Funktionieren des Staates, denn der Staatsaufbau von unten – «der Bürgerstaat» – setzt eine breite Mitte voraus. Damit verbunden ist eine gewisse Skepsis gegenüber den wirtschaftlichen und politischen Eliten. Wenn nun der Mittelstand zugunsten der Oberschicht ökonomisch an Boden verliert – wenn auch nur relativ und schwach – gibt dies mehr zu reden als anderswo, denn es tangiert das helvetische Selbstverständnis. Zweitens betont das Bildungssystem mit der überragenden Stellung der Berufslehre die mittleren Qualifikationen. Man könnte sogar sagen, dass sich der Mittelstand ein Stück weit über die Berufslehre definiert. Das (relative) Zurückfallen der Bildungsprämie der Berufslehre muss darum Anlass zur Sorge sein.

Drittens ist festzustellen, dass das Sensorium für Ungleichheit geschärft wurde. Diese Tatsache lässt sich wohl nicht allein mit Neid erklären. Die tieferen Ursachen liegen in den sehr langfristigen Wachstumszyklen. In der Aufbruchsstimmung der 50er und 60er befand sich besonders der Mittelstand im «Fahrstuhl nach oben». Das schnelle Wachstum dieser Zeit verhalf fast allen zu mehr Wohlstand. Ob einige noch etwas schnel-

ler fort kamen, spielte eine untergeordnete Rolle. Mittlerweile hat der Lift deutlich an Fahrt verloren, für einige ist er sogar stecken geblieben. In dieser Situation ist es wichtiger geworden, wo man relativ zu den anderen steht. Dies rückt Verteilungsfragen in den Vordergrund.

Trotzdem muss betont werden, dass die beschriebenen Entwicklungen nicht dramatisch sind, sondern eher graduell. So hat die Ungleichheit weniger stark zugenommen als im Ausland. Die Schweiz ist noch immer ein Land der Mitte. Der beschleunigte wirtschaftliche Wandel birgt zwar Risiken, und der Anpassungsdruck produziert immer auch Verlierer. Insgesamt aber überwiegen die Chancen und viele davon werden ergriffen. Das ist daran ersichtlich, dass der Mittelstand keine statische Masse ist, sondern sich verändert und erneuert. Die Kritik an der Vererbung der Bildungskarrieren ändert nichts daran, dass die Schweiz zu weiten Teilen eine mobile Gesellschaft ist. Das ökonomische Potenzial des Mittelstands bleibt intakt, wenn die Weichen richtig gestellt werden.

Wir müssen uns aber wohl von der Idee verabschieden, dass eine Berufslehre als höchster Bildungsabschluss die Position in der Mitte auch in Zukunft noch automatisch sichert. Dies ist kein Argument gegen die Berufsbildung, sondern eines für eine höhere Durchgängigkeit (im Unterschied zur schon hergestellten Durchlässigkeit) aus der Berufslehre in die Hochschulen.

08

Der Staat pflügt die Primärverteilung um

Bisher war kaum vom Staat die Rede, aber auch sein Wirken betrifft die Mitte. Der Staat nimmt einerseits über die Einnahmenseite (Steuern, Abgaben und Beiträge an die Sozialversicherungen), andererseits über seine Leistungen einen massiven Einfluss auf die wirtschaftliche Position des

Mittelstands. Eine umfassende Analyse der Umverteilungswirkungen umfasst sowohl die finanziellen Transfers als auch die allgemeine Staatstätigkeit (Sicherheit, Bildung und den «Service Public»). Das Resultat dieser Gesamtschau ist für den aktiven (erwerbstätigen) Mittelstand nicht sehr erbaulich. Vor allem im mittleren und oberen Mittelstand wird sehr viel Einkommen abgeschöpft. Da das Schweizer Abgabensystem insgesamt nicht progressiv ausgestaltet ist, trägt er einen erheblichen Teil der Lasten. Unter Ausschluss der Umverteilung über die Lebensphasen beträgt die Abgabenquote beim Medianeinkommen 59%, die Leistungsquote hingegen nur 32%. Nach Abgaben und Transfers findet sich ein grosser Teils des Mittelstands somit in der Nähe der Grenze zur Unterschicht wieder (Abbildung 9).

Das Gefühl vieler Menschen in der Mitte der Gesellschaft, die sich um ihre Aufstiegschancen gebracht sehen, hat also durchaus einen realen Hintergrund. Gleichzeitig hebt der Staat die Mehrzahl der tiefsten Einkommen beinahe auf das Niveau des unteren Mittelstands. Summa summarum kann sich der Mittelstand kaum noch nach unten abgrenzen und der Weg nach oben wird ihm stark erschwert. Neben dem relativen Zurückfallen der mittleren Löhne dürfte dies der Hauptgrund für die verbreitete Ernüchterung im Mittelstand sein. Etwas überspitzt könnte man durchaus von einer «Mittelstandsfalle» sprechen.

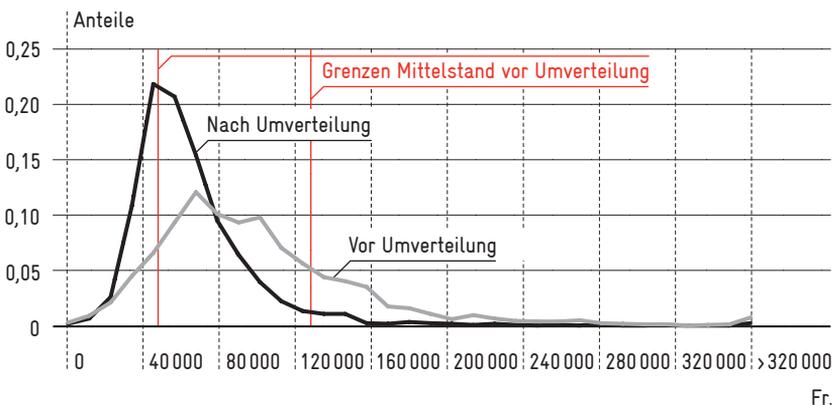
Aus einer Wohlfahrtsoptik heraus erscheint die resultierende Umverteilung zudem weitgehend zufällig. Durch die verhältnismässig kleinen Einkommensunterschiede im Mittelstand wirkt sich der «Umverteilungshebel» über Gebühr aus. Im Mittelstand entscheidet damit viel weniger das erarbeitete Vortransfereinkommen über die relative Position als das Ausmass, in dem die Haushalte von staatlichen Leistungen profitieren. Der Staat pflügt also die individuellen Wohlfahrtspositionen, wie sie sich aus Löhnen und Kapitalerträgen ergeben, gründlich um. Das Prinzip der Leistungsgerechtigkeit wird dadurch untergraben.

Nicht zuletzt werden auch die Leistungsanreize selbst geschwächt. Neben der formalen Steuerprogression sind für mittelständische Haushalte auch «implizite» Progressionen von zunehmender Bedeutung. Zwei da-

Abbildung 9

Einkommensverteilung der Haushalte im Erwerbssalter vor und nach Transfers (2005)

Der Staat hebt die tiefsten Einkommen auf Kosten der unteren und mittleren Mittelschicht an. Nach Umverteilung gibt es praktisch keine Haushalte mehr mit Einkommen über 120 000 Franken, dafür umso mehr an der unteren Grenze des Mittelstands (2. Quintil).



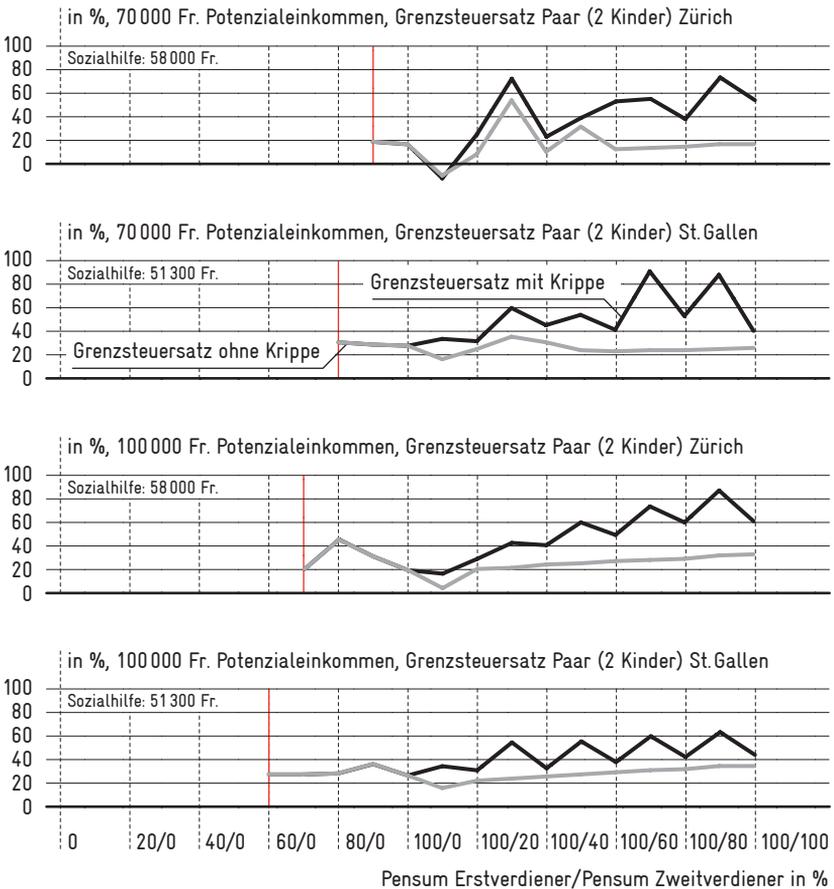
Quelle: Die Darstellung basiert auf den Daten von Engler 2012

von fallen besonders ins Gewicht: einkommensabhängige Tarife für die externe Kinderbetreuung und die Verbilligung der Krankenkassenprämien. Gerade im Mittelstand führen diese «Einkommenstarife» zu einer massiven Belastung der (meist von Frauen erbrachten) Zweiteinkommen (Abbildung 10). Wie stark (und gleichzeitig zufällig) diese Belastungen mit steigendem Zusatzeinkommen zunehmen, zeigen besonders die Beispiele mit Berücksichtigung der Kosten für die externe Kinderbetreuung in den Städten Zürich und St. Gallen. Die impliziten Grenzsteuersätze für Potenzialeinkommen (Einkommen bei 100% Erwerbstätigkeit) von 70 000 resp. 100 000 Franken liegen bei tiefem Anstellungsgrad des «Zweitverdieners» um 40%, erreichen bei höherem Arbeitseinsatz aber phasenweise 70%–90%. Rechnet man noch den gemeinnützigen und

Abbildung 10

Implizite Grenzsteuersätze für Paarhaushalte in den Städten Zürich und St. Gallen

Berücksichtigt man zusätzlich zur Einkommenssteuer die Prämienverbilligungen der Krankenkasse und die Kinderbetreuungskosten, ergeben sich bei Paarhaushalten mit Kindern zufällige Progressionsmuster. Diese implizite Progression hängt stark vom Arbeitspensum des Zweitverdieners ab und erreicht vereinzelt Werte von 70 bis 90%.



Quelle: SKOS 2007, eigene Berechnungen

genossenschaftlichen Wohnungsbau mit ein, der meist ebenfalls (implizite oder explizite) Einkommensvorschriften kennt, so würden Arbeit und Leistung definitiv zum Verlustgeschäft.

Ein Grossteil des Zusatzeinkommens kommt also nicht bei den Leistungserbringerinnen an, sondern wird über Steuern, höhere Krippentarife und den Wegfall der Krankenkassenvergünstigung aufgezehrt. Als ungewollte Konsequenz erweisen sich einkommensabhängige Tarife damit als Hemmnis für eine höhere Partizipation und für die Karrieren der Frauen im Arbeitsmarkt. So wird das weibliche Potenzial zu wenig genutzt, obwohl die Frauen einen steigenden Anteil der Bildungsausgaben beanspruchen.

09

Erhöhte Ungleichheit als Folge von Alterung und Individualisierung

Von vielen Seiten wird eine wachsende ökonomische Ungleichheit beklagt. Der Mittelstand dient dabei oft als emotionale Projektionsfläche, um die Unzufriedenheit und eine generelle Systemkritik zum Ausdruck zu bringen. Ebenso erweist er sich als nützliche «Verpackung», um vermeintliche Remeduren einzufordern.

Die Verteilung der Löhne ist auch in der Schweiz ungleicher geworden ist, wenn auch längst nicht so stark, wie viele denken. In hitzigen Diskussionen geht meist unter, dass die Lebenseinkommen wesentlich gleicher verteilt sind als die viel leichter zu messenden Periodeneinkommen. Letzte sind immer eine zufällige Momentaufnahme und daher schwierig zu interpretieren. Am offensichtlichsten zeigt sich dies bei jungen Menschen in der Ausbildung. Niemand würde behaupten, dass der schlecht bezahlte Job an der Supermarktkasse das zukünftige Einkommen der Studentin vorwegnimmt. Ebenso sind die Löhne von älteren

Arbeitnehmern, die den Zenit ihres Lohnprofils überschritten haben, nicht repräsentativ für ihre früheren Verdienste.

Neben den beschriebenen ökonomischen Trends sind aber noch weitere Faktoren am Werk. Eine alternde Gesellschaft neigt natürlicherweise zu höherer Ungleichheit. Beobachtet man nämlich eine bestimmte Jahrgangskohorte über lange Zeit, stellt man fest, dass sich die Löhne im Verlauf des Erwerbslebens laufend auseinanderentwickeln. Dahinter steckt die menschliche Grundkonstante, dass sich persönliche Merkmale und Charaktereigenschaften mit zunehmendem Alter akzentuieren. Dies gilt auch für die Produktivität am Arbeitsplatz und darum für den Lohn. Wenn – wie seit Jahren der Fall – der Anteil älterer Arbeitnehmer in der Erwerbsbevölkerung steigt, nimmt automatisch die Ungleichheit zu.

Auch eine allgemeine Bildungsoffensive führt im Querschnitt der Löhne tendenziell zu grösserer Ungleichheit, wenn auch auf höherem Niveau. Da die Begabungen nicht gleich verteilt, sondern breit gestreut sind, führt eine längere Schulzeit zum unerwarteten Effekt, dass die Löhne ungleicher verteilt sind als zuvor. Der Grund besteht darin, dass die Begabten von der längeren Bildung (über den Zinseszins der Bildungsrendite) viel stärker profitieren als die weniger Begabten. Die Erwartung, über mehr Bildungsausgaben eine Angleichung der Löhne zu erreichen, wird sich darum meist als Illusion erweisen. Mit der Ausdehnung der Maturitätsquoten in den 80er-Jahren sowie der Einführung der Berufsmaturität verbunden mit einem Ausbau der Fachhochschulen in den 90er-Jahren hat auch die Schweiz zusätzliche Bildungsanstrengungen unternommen. Die Lohnstreuung wurde dadurch wohl eher erhöht als gesenkt.

Letztlich führt auch die Individualisierung der Gesellschaft zu mehr Ungleichheit. Im Hinblick auf die Lebensformen und -entwürfe erscheint diese Aussage beinahe tautologisch. Sie hat aber ganz konkrete Auswirkungen auf die gemessene Ungleichheit und damit auf die politische Diskussion. Eine wesentliche Konsequenz der Individualisierung ist die fortschreitende Reduktion der Haushaltsgrössen. In den Städten machen Singles mittlerweile fast die Hälfte der Haushalte aus. Mit den kleineren

Einheiten geben wir einen Teil der Grössenvorteile im Haushalt preis. Die Individualisierung bringt also ökonomische Kosten mit sich. Wir bewohnen kleinere Wohnungen, fragen aber viel mehr davon nach. Dadurch steigt die Wohnfläche pro Person. Auch die weiteren Ausgaben der Haushaltsführung steigen. Über die Äquivalenzskalen schlagen sich diese Kosten auch in der personellen Einkommensverteilung nieder. In Deutschland gab es in den letzten 20 Jahren erwiesenermassen Phasen, während derer die Ungleichheit allein aufgrund der veränderten Haushaltsgrössen stieg. Auch in der Schweiz kommen diese Entwicklungen zum Tragen.

Die Zunahme der gemessenen Ungleichheit hat ihre Wurzeln nicht ausschliesslich in ökonomischen Vorgängen. Die gemessene Einkommensverteilung – und damit auch die Zurechnung von Menschen zum Mittelstand – entsteht in einem komplizierten Zusammenspiel ökonomischer und gesellschaftlicher Entwicklungen. Besonders die Konsequenzen der Individualisierung sollten zu denken geben. In diesem Fall ist die erhöhte Ungleichheit nicht das Ergebnis anonymer Marktkräfte, sondern letztendlich der Ausdruck freiwilliger Entscheide über die persönliche Lebensgestaltung. Der Spielraum hierfür wurde durch den massiven Anstieg des Wohlstands erst geschaffen.

10

Zurückhaltung des Staates ist die beste Mittelstandspolitik

Eine massgeschneiderte Politik für den Mittelstand ist von vorne herein zum Scheitern verurteilt, denn die Lebenslagen und somit die Ansprüche und Interessen des Mittelstands sind viel zu heterogen. Spezifische Massnahmen zugunsten des Mittelstands können darum immer nur eine eng begrenzte Zielgruppe bedienen. Meist wird dabei verschwiegen, dass

die Rechnung überwiegend von einem anderen Teil des Mittelstands beglichen wird. Dem Mittelstand hilft der Staat am besten, indem er seine gesamte Belastung mit Steuern und Abgaben senkt. Damit dies möglich wird, sollte das unübersichtlich gewordene Gestrüpp von gut gemeinten Subventionen, Zuschüssen, Verbilligungen und Realtransfers entwirrt und redimensioniert werden. Einzelne Instrumente mögen zwar Teilen des Mittelstands punktuell helfen. Da er aber die Transfers in die Mitte zu einem wesentlichen Teil selbst berappt, resultiert für ihn ein Nullsummenspiel. Besonders gravierend daran ist, dass die Leistungsanreize über teilweise prohibitiv hohe Einkommensprogressionen untergraben werden. Im Weiteren finanziert der Mittelstand die ausgebauten Leistungen an die untersten 20% der Verteilung kräftig mit.

Zuerst sollte der stufenweise Abbau von einkommensabhängigen Tarifen, Preisen und Prämien ins Auge gefasst werden. Dazu gehören primär die Tarife für die externe Kinderbetreuung und die Verbilligungen der Krankenkassenprämien sowie andere Zuschüsse wie Kleinkinderbeiträge. Auch der Zugang zu vergünstigtem Wohnraum gehört in diese Kategorie. Zweitens spielt auch der «Service Public» eine zentrale Rolle im Dickicht der Subventionen. Stellvertretend sei hier der öffentliche Verkehr genannt. Nur wenigen Nutzern ist bewusst, dass sie über Billette und Abonnemente nur die Hälfte der Kosten ihrer Mobilität tragen. Die andere Hälfte zahlt die Allgemeinheit – und damit auch der Mittelstand – über Steuermittel. Vielfahrer und mobile Angehörige des Mittelstands erhalten so eine massive Subvention, während der weniger mobile Teil dafür aufkommen muss. Auch hier dürfte im Wesentlichen ein Nullsummenspiel vorliegen. Aus diesem Grund sollte im «Service Public» von der heutigen Kostendeckung zu einer weitgehenden Benutzerfinanzierung übergegangen werden. Dies erhöht die Transparenz, setzt die richtigen Anreize und reduziert die zufällig wirkende Umverteilung innerhalb des Mittelstands.

Bildungspolitisch befindet sich die Schweiz auf der richtigen Spur, die Anstrengungen müssen aber intensiviert werden. Grundsätzlich geht es darum, dem Rückgang der Nachfrage nach mittleren Qualifikationen

mit einer Höherqualifizierung der Arbeitskräfte zu begegnen. Dies darf aber nicht über eine weitere Akademisierung der Ausbildungsgänge geschehen, vielmehr muss die Stärke des historisch gewachsenen Bildungssystems mit der starken Stellung der Berufsbildung als Chance genutzt werden. Mit der Einführung der Berufsmatura und der Etablierung der Fachhochschulen wurde der Grundstein für die Durchlässigkeit aus der Berufsbildung an die Hochschulen gelegt. Das Ziel muss nun darin bestehen, die faktische Durchgängigkeit in die Tertiärbildung zu erhöhen. Das anschliessende Studium an einer Fachhochschule (respektive einer Universität) oder eine höhere Berufsbildung sollte für die Absolventen einer Berufslehre noch mehr als heute zur Normalität werden. Daneben muss das erfolgreiche duale Ausbildungsprinzip auch im tertiären Bildungssystem verankert werden. Avenir Suisse hat dafür ein «Duales Studium» für gymnasiale Maturanden nach dem Vorbild der deutschen Berufsakademien vorgeschlagen.

Und zu guter Letzt: Man kann lange über punktuelle Steuererleichterungen oder andere Massnahmen zugunsten des Mittelstands diskutieren. Solche Instrumente wirken nur als Kosmetik, wenn die Grundbedingung nicht erfüllt ist: Ein flexibler Arbeitsmarkt, der es den Menschen erlaubt, ihre Fähigkeiten und Kenntnisse als wichtigste Ressource gewinnbringend für sich und die Gesellschaft einzusetzen. Dass die Schweiz mit ihrem liberalen Arbeitsmarkt einen unschätzbaren Vorteil besitzt, wird in der breiten Öffentlichkeit und der Politik zu wenig wahrgenommen. Schlimmer noch: Unter dem Deckmantel der «flankierenden Massnahmen» zur Personenfreizügigkeit droht der Arbeitsmarkt Zug um Zug weiter reguliert zu werden. Im Rahmen von Gesamtarbeitsverträgen schreitet die Verbreitung von zentralen Lohnabschlüssen und Mindestlöhnen weiter voran. Früher oder später wird dies eine höhere Arbeitslosigkeit zur Folge haben. Keine noch so ausgeklügelte Sozialpolitik wird es schaffen, die fatale Wirkung verbreiteter und anhaltender Arbeitslosigkeit zu korrigieren. Im Gegenteil: Die mit ausufernden Sozialsystemen verbundenen Kosten müssten zu einem grossen Teil vom Mittelstand selbst geschultert werden, denn als Finanzierungsbasis des Sozialstaates

dient meist die (relativ immobile) Arbeit und nicht das (mobile) Kapital. Eine noch stärkere Abgabelast auf dem Faktor Arbeit würde aber die Leistungsanreize weiter schwächen. Einen solchen Teufelskreis zu verhindern ist die beste Mittelstandspolitik.



Diese Zusammenfassung beruht auf dem Buch «Der strapazierte Mittelstand – Zwischen Ambition, Anspruch und Ernüchterung», das im November 2012 im Verlag Neue Zürcher Zeitung erschienen ist. Im Zentrum der Publikation stehen die Entwicklung der gesellschaftlichen Mitte im internationalen Vergleich, die Lohnentwicklung und Bildung sowie die Auswirkung der staatlichen Umverteilung auf den Mittelstand. Es knüpft an die fortwährende Debatte um die grösste Bevölkerungsschicht an und versucht, dem verbreiteten Unbehagen im Mittelstand auf den Grund zu gehen.

2012 Avenir Suisse und Verlag Neue Zürcher Zeitung

ISBN: 978-3-03823-807-2

www.nzz-libro.ch

Der strapazierte Mittelstand

Zwischen Ambition, Anspruch und Ernüchterung

Kurz und bündig:

01. _ Der Mittelstand, zu dem nach gängiger Definition die mittleren 60% der Einkommensverteilung zählen, ist äusserst heterogen und vielschichtig. Entsprechend facettenreich sind die Analysen in diesem Buch.
02. _ Im Vergleich zu anderen westlichen Industrieländern geht es dem Schweizer Mittelstand wirtschaftlich sehr gut. Die Folgen der Wirtschaftskrise fielen hierzulande deutlich milder aus als im Rest Europas.
03. _ In den meisten westlichen Industrieländern ist vor allem die untere und mittlere Mittelschicht seit den späten 1980er-Jahren unter Druck geraten, unter anderem aufgrund des Eintritts der Schwellenländer in den Weltmarkt und durch den kompetenzbasierten technologischen Fortschritt.
04. _ In der Schweiz hingegen sind die mittleren Einkommen in den letzten 20 Jahren gestiegen, dem Schweizer Mittelstand ging es folglich wirtschaftlich noch nie so gut wie heute.
05. _ Noch stärker sind jedoch die unteren und vor allem die oberen Einkommen gewachsen. Dies beeinträchtigt die relative Position des Mittelstands. Der Abstand zur Oberschicht hat sich vergrössert, der Abstand zur Unterschicht verringert.
06. _ Auch in der Schweiz ist eine rückläufige Nachfrage nach mittleren Qualifikationen festzustellen. Eine Berufslehre als höchste Bildungsabschluss wird die Position in der gesellschaftlichen Mitte in Zukunft nicht mehr automatisch sichern.

07. Der Staat pflügt über unkoordinierte Steuern, Tarife und Transfers die Einkommensverteilung um, wobei sich die Umverteilung für den Mittelstand insgesamt als Nullsummenspiel erweist. Während die unteren Einkommensgruppen profitieren, werden der mittlere und der obere Mittelstand belastet.

08. Die Subventionen für Krankenkassenprämien und die Kinderbetreuungskosten bewirken vor allem bei Zweitverdienern einer Familie eine hohe implizite Progression. Dies untergräbt die Arbeitsanreize im Mittelstand und hemmt sowohl dessen sozialen Aufstieg wie auch die Partizipation der Frauen im Arbeitsmarkt.

09. Eine grossflächige Verdrängung des Mittelstands aus den Grossstädten ist nicht auszumachen. In weiten Teilen des Landes nahm der Anteil des Mittelstands zu und jener der Unterschicht ab. Da sich die Lebensstile und Werthaltungen zusehends individualisieren, verschwimmt die Vorstellung von einem einheitlichen Mittelstand.

010. Statusorgen gehören zum Wesensmerkmal des Mittelstands. Die Erosion der westlichen Mittelschichten, vor allem auch im benachbarten Ausland, verunsichert den Schweizer Mittelstand, ebenso der verringerte Einkommensvorsprung gegenüber der Unterschicht und die stärkere Zunahme der höheren Einkommen.

Der Think-Tank Avenir Suisse entwickelt Ideen für die Zukunft des Standorts Schweiz. Er wurde 2001 gegründet und wird von über 100 Unternehmen und Privatpersonen aus allen Regionen des Landes unterstützt. In der Wahl seiner Projekte ist er unabhängig, aber nicht neutral: Die Haltung ist konsequent marktwirtschaftlich und liberal. Dies verpflichtet zu klaren Positionen. Der Think-Tank will politischen Handlungsbedarf aufzeigen und mit Anstössen und Vorschlägen zur Lösung von Problemen beitragen. Dazu erarbeitet er auf wissenschaftlicher Grundlage Analysen, veranstaltet Tagungen und nimmt an öffentlichen Debatten teil. Besonderer Wert legt er auf die verständliche Aufbereitung der Studienergebnisse sowie ihre Verbreitung über gedruckte und elektronische Medien.